



Fritz Glauser, Präsident

Starker Franken: Der Druck nimmt zu

Vor gut einem Jahr hat die Schweizer Nationalbank den Mindestkurs abgeschafft. Die letzten dreizehn Monate haben die Befürchtungen des SGPV bestätigt, die wir damals sofort dem BLW und dem Bundesrat Schneider-Amman kommuniziert hatten: Der Druck auf die Getreide- und Ölsaatenpreise hat sich stark zugespitzt.

Für das Brotgetreide wurde der Bundesverwaltung eine einfache Lösung vorgeschlagen, welche die ganze Branche befürwortet hat: Den Grenzschutz innerhalb des von der WTO festgelegten Rahmens zu erhöhen. Leider haben das BLW und der Bundesrat die Lage als nicht ausreichend besorgniserregend eingeschätzt und man hat uns geantwortet, es sei zu früh, um etwas zu unternehmen. Die Situation werde aber überwacht.

Inzwischen hat sich die Situation aufgrund des Preisabfalls für Getreide und Ölsaaten auf den internationalen Märkten noch verschlimmert. Obwohl die Branche bei der Festlegung der Richtpreise gezeigt hat, dass sie die Produktion und Verarbeitung in der Schweiz unterstützen will, nimmt der Preisdruck zu und macht es trotz allen Bemühungen schwierig, die erwünschte Werterhaltung zu erzielen.

Wir haben deshalb unsere Forderung, den Grenzschutz für Brotgetreide der aktuellen Marktsituation anzupassen, in einem Schreiben wiederholt. Wir haben ein weiteres Mal an die Vorteile erinnert: Zusätzliche Einnahmen für den Bund, welche bei den aktuellen Budgetkürzungen willkommen sein sollten. Eine Unterstützung für die einheimische Branche und ihre Arbeitsplätze. Nachteile? Keine. Nicht einmal für die Konsumenten, wenn man den marginalen Anteil der Getreidepreise am Brotpreis bedenkt.

Es wäre falsch, abzuwarten und die bereits angeschlagene Branche weiter zu schwächen. Es ist Zeit zu handeln, vor allem wenn Lösungen bekannt sind, die einfach umzusetzen sind und daraus nur Vorteile entstehen würden.



Andrea Koch

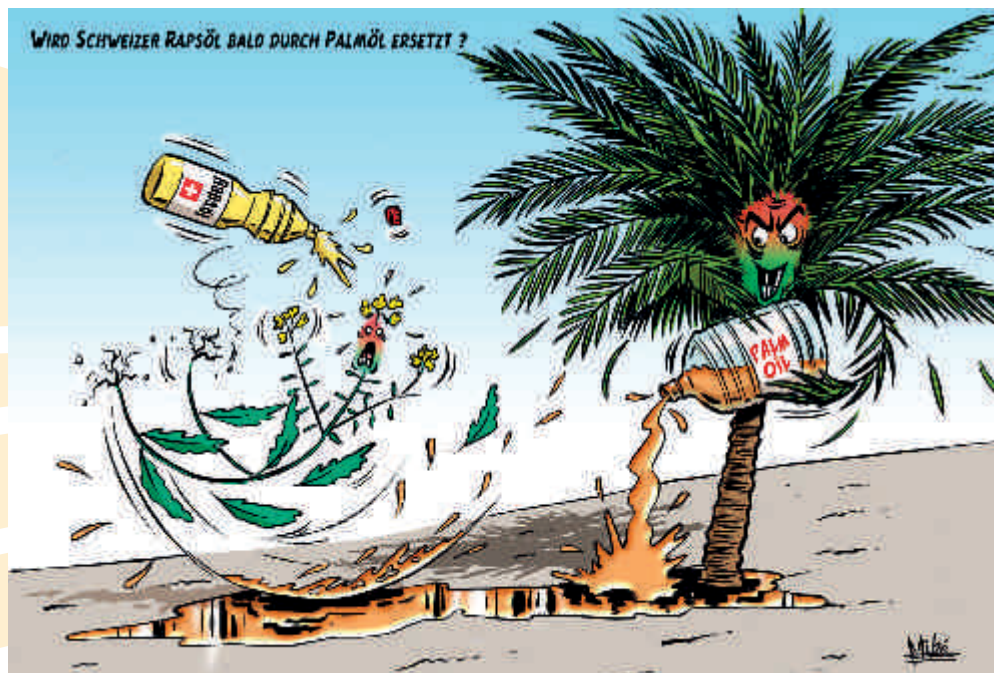
Malaysia: Bedenken (nicht nur) im Parlament

Seit dem Bundesrat im Jahr 2012 der Auftrag für die Verhandlung eines Freihandelsabkommens mit Malaysia erteilt wurde, hat das Parlament regelmässig Bedenken geäussert. Diese betreffen verletzte Menschenrechte, die Abholzung von Regenwald, Korruption, die Konkurrenz von Palmöl zu einheimischen Ölen und Fetten sowie die gesundheitlichen Nachteile von Palmöl. Die Antworten des Bundesrats zu diversen Vorstössen zeigen auf, dass in den Verhandlungen kaum konkrete Forderungen in Bezug auf Ethik und Ökologie integriert werden können.

Aktuell ist unklar, ob die Schweiz im Bereich von Palmöl Konzessionen eingehen wird. Die nächsten Verhandlungen stehen im März an. Je nach Resultaten bei diesen Gesprächen könnte dieses Freihandelsabkommen zu intensiven Diskussionen im Parlament und in den Medien führen, da das Thema Palmöl und die Abholzung der Regenwälder auch bei der Bevölkerung hohe Beachtung geniesst. Wenn die Verhandlungspartner vereinfachte Einfuhr von Palmöl in die Schweiz verlangen, müssen sie mit einer breiten Opposition rechnen.

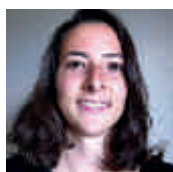
Interpellation von M. Hausammann

Im Dezember hat Nationalrat Markus Hausammann (SVP) eine Interpellation eingereicht, die danach fragt, welche Auswirkungen der Ersatz von Rapsöl durch Palmöl in der Ernährung der Schweizer Bevölkerung hätte. Die Interpellation wird unterstützt von Mitunterzeichnern diverser Parteien (SP, GP, FDP, SVP, CVP, BDP). Eine Antwort des Bundesrates steht noch aus.



Der Marktlastungsfonds: ein unverzichtbares Instrument

Die Marktlastungsfonds-Beiträge der Produzenten speisen diesen Fonds. Der Marktlastungsfonds finanziert die Deklassierungen und einen Teil der Restkosten für das Schoggigesetz, welche nicht über das Bundesbudget abgedeckt werden. Der Marktlastungsfonds erlaubt eine Stabilisierung der Absatzmengen und einen Ausgleich zwischen dem Angebot und der Nachfrage. Dies führt zu einer Verbesserung bei der Vermarktung der inländischen Ware.



Hannah Hutter
Stv. Geschäftsführerin

Deklassierungen: Preiseinbruch verhindern

Laut den Erhebungen von swiss granum lag die mahlfähige Getreidemenge der Ernte 2015 rund 50'000t über dem Bedarf der Müller. Um dem Preisdruck, der das Überangebot mit sich brachte, zu begegnen, lancierte der SGPV Deklassierungen. In drei Tranchen wurden insgesamt 53'027t Brotweizen in total 27 verschiedenen Unternehmen deklassiert, mehrheitlich in Sammelstellen. Bei der Deklassierung wird Brotgetreide im Futtermittelsektor abgesetzt, dem Produzent wird aber dennoch der Brotgetreidepreis ausbezahlt. Die daraus für die Sammelstellen entstehende Preisdifferenz wird aus dem Marktlastungsfonds des SGPV finanziert. Dieses System erlaubt es, einen möglichen Preiseinbruch bei einer Grosseernte aufzufangen und die Kosten dafür über mehrere Jahre zu verteilen. Dadurch werden bessere Marktbedingungen geschaffen und die Produzenten profitieren von höchstmöglichen Preisen.

Übersicht Deklassierungen der Ernte 2015

	Menge total	TOP	Klasse I	Klasse II
1. Tranche (01.10.2015 - 06.11.2015)	20'032t	4'830t	9'148t	6'054t
2. Tranche (16.11.2015 - 18.12.2015)	17'930t	6'517t	6'008t	5'405t
3. Tranche (11.01.2016 - 18.01.2016)	15'105t	1'425t	11'950t	1'730t
Total	53'067 t	12'772 t	27'106 t	13'189 t

Schoggigesetz: Marktanteil behalten

Nach den Verhandlungen der WHO im Dezember 2015 ist klar, dass das Schoggigesetz nur noch während einer Übergangsfrist von fünf Jahren weiterlaufen darf. In der ganzen Branche wird in Zusammenarbeit mit dem Bund nach einer Lösung gesucht, wie die finanziellen Mittel des Bundes nach Ablauf dieser Frist WHO-konform eingesetzt werden könnten. Der SGPV beteiligt sich aktiv daran, eine effiziente Lösung zu finden. Ziel ist, die Menge von jährlich rund 45'000t Schweizer Getreide, welche aktuell über das Schoggigesetz abgesetzt werden, nicht zu verlieren. Ein Ersatz des Schweizer Getreides durch Importware hätte schlimme Folgen für Produzenten und Müller. Erklärungen zum Schoggigesetz im Getreidesektor: www.sgpv.ch; Mengenmanagement; Schoggigesetz.

Vorstand: Hohe Erträge und ein angemessener Produzentenpreis

Martin Schellenberg (ZH), Vorstandsmitglied seit November 2014, über seine Motivation für das Mitwirken im SGPV:



Martin Schellenberg

„Als Vorstandsmitglied des SGPV setze ich mich für den produktiven Getreidebau ein. Reine Direktzahlungsoptimierung ist nicht nachhaltig. Mit den ÖLN-limitierten Ressourcen hohe Erträge zu erwirtschaften ist ökologisch und volkswirtschaftlich sinnvoll. Dafür braucht es einen angemessenen Produzentenpreis, passend zum CH-Lohnniveau.“

